

(Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg)

Das ist der Fall. Gibt es Widerspruch aus dem Haus? – Den gibt es. Sie müssten aber ein Fünftel der anwesenden Mitglieder hinter diesen Antrag bringen. Das habe ich nicht erkannt. Damit ist keine ausreichende Mehrheit für diesen Widerspruch zustande gekommen.

Wer will daher das soeben in erster Lesung beschlossene Gesetz in zweiter Lesung beschließen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist das Gesetz auch in zweiter Lesung und somit endgültig beschlossen worden.

Ich rufe dann auf den Tagesordnungspunkt 19, Drucksache 21/170, Antrag der Fraktion DIE LINKE: Einführung einer regelmäßigen, qualifizierten und aktuellen Armuts- und Reichtumsberichterstattung.

Hierzu liegt Ihnen als Drucksache 21/251 ein gemeinsamer Antrag der Fraktionen der SPD und GRÜNEN vor.

**[Antrag der Fraktion DIE LINKE:
Einführung einer regelmäßigen, qualifizierten
und aktuellen Armuts- und Reichtumsberichter-
stattung
– Drs 21/170 –]**

**[Antrag der Fraktionen der SPD- und GRÜNEN:
Armutsberichterstattung
– Drs 21/251 –]**

Die Fraktion DIE LINKE möchte die Drucksache 21/170 an den Ausschuss für Soziales, Arbeit und Integration überweisen.

Meine Damen und Herren! Ich erteile immer nur einer oder einem Abgeordneten das Wort und nicht allen. – Wer wünscht das Wort? – Frau Özdemir von der Fraktion DIE LINKE wünscht es und hat es.

Cansu Özdemir DIE LINKE:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Zu dem vorgelegten Koalitionsantrag kann man eines sehr deutlich sagen: Der Senat ignoriert das größte Problem der Stadt, und zwar die Armut und die soziale Spaltung.

(Beifall bei der LINKEN)

Wenn wir uns die Situation einmal genauer ansehen, fällt auf, dass die Wirtschaft floriert und die Arbeitslosigkeit sinkt, gleichzeitig aber die Armut wächst.

Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg (unterbrechend): Meine Damen und Herren! Ich hatte schon vorhin gesagt, dass nur Frau Özdemir redet und sonst niemand. Wenn Sie sich unterhalten

wollen, so tun Sie das bitte außerhalb des Plenarsaals. – Frau Abgeordnete, fahren Sie bitte fort.

Cansu Özdemir DIE LINKE (fortfahrend): – Vielen Dank.

Die GRÜNEN haben im Jahr 2014 eine Studie zum Wohlfahrtsindex vorgelegt, in der deutlich wurde, wie groß die Unterschiede in Hamburg zwischen Arm und Reich sind und dass sie in Hamburg größer sind als in anderen Bundesländern. Diese Schere ist auch geografisch zu verorten. Wir können uns dazu einmal zwei Stadtteile als Beispiele anschauen, zum einen Nienstedten, in dem das jährliche durchschnittliche Einkommen bei rund 139 000 Euro liegt, und dann Billstedt, wo das durchschnittliche jährliche Einkommen nur 21 000 Euro beträgt.

Im Sozialbericht von 2014 wird die soziale Spaltung und auch die wachsende Armut ausgeblendet. Der Sozialbericht basierte auf Daten bis zum Jahr 2010, nicht weiter. Das heißt, das waren alte Zahlen. Kurz darauf hat das Statistische Bundesamt aktuellere Zahlen veröffentlicht, aus denen deutlich hervorgeht, dass die Armutsquote auch in Hamburg gestiegen ist. Konkret gesagt: Die Armutsquote ist von 14,7 Prozent im Jahr 2011 auf 16,9 Prozent im Jahr 2013 gestiegen. Das zeigt, wie alarmierend das Problem in dieser Stadt ist.

Noch alarmierender finden wir die Analyse der Bertelsmann Stiftung zur Bürgerschaftswahl 2015. Diese Analyse zeigt sehr richtig auf, wo eigentlich das Problem liegt; damit sind wir wieder beim Thema der Aktuelle Stunde, in der auf das Wahlrecht eingegangen wurde.

(Arno Münster SPD: Wir kennen keine Probleme, wir kennen nur Lösungen!)

Diese Studie zeigt auf, Herr Münster, dass die soziale Ungleichheit auch bei der Wahlbeteiligung gewachsen ist. Ich möchte einmal aus der Bertelsmann-Studie zitieren:

"Die sozial stärkeren Gruppen der Gesellschaft beteiligen sich weiterhin auf vergleichsweise hohem Niveau, während die Beteiligungsquoten in den sozial schwächeren Milieus massiv einbrechen. Die Wahlbeteiligung wird sozial selektiver und die Wahlergebnisse sind sozial immer weniger repräsentativ."

Wieder gibt es zwei Stadtteile, an denen das sehr deutlich wird. Die geringste Wahlbeteiligung, 26,3 Prozent, haben wir in Billbrook, die höchste, 76,7 Prozent, in Wohldorf-Ohlstedt. Daran können Sie deutlich sehen, dass gleichzeitig mit der wachsenden Armut die Wahlbeteiligung sinkt, und das kann Folgen für die Demokratie in dieser Stadt haben, wenn die Armut nicht gezielt bekämpft wird.

(Cansu Özdemir)

(Beifall bei der LINKEN und bei Nebahat Güclü fraktionslos)

Im Koalitionsvertrag des neuen Senats sind die Aussagen über Armutsbekämpfung spärlich, in Ihrem Zusatzantrag genauso. Das liegt wohl daran, dass Sie den Inhalt des Antrags aus dem Koalitionsvertrag abgeschrieben haben. Es hat mich, ehrlich gesagt, gewundert, warum das dann so lange dauert. Wir mussten bis gestern Abend auf diesen Antrag warten. Ich frage mich, warum zwei Regierungsfractionen so lange brauchen, um drei Sätze aus dem Koalitionsvertrag abzuschreiben.

Ich möchte noch einmal daran erinnern, dass es im Wahlprogramm der GRÜNEN zur Bürgerschaftswahl 2015 hieß – ich zitiere –:

"Der SPD-Senat hat keine Antwort auf die auseinanderfallende Gesellschaft und keine Idee für die Zukunft in einer Stadt voller Unterschiede."

Damals forderten die GRÜNEN aber auch noch eine Enquetekommission mit Expertinnen und Experten, um Lösungsvorschläge zu erarbeiten, wie Armut und soziale Spaltung bekämpft werden können. Ich frage mich, wo die Expertenkommission bleibt; sie wurde wohl über Bord geworfen. Stattdessen geben Sie sich mit vier Teilberichten über die Lebenslagen ausgewählter – ich betone: ausgewählter – Bevölkerungsgruppen zufrieden, was uns nicht weiterbringen wird. Die Expertinnen und Experten der Anhörung im Sozialausschuss in der vergangenen Legislaturperiode haben uns sehr deutlich zu verstehen gegeben, dass wir eine ganz andere Form der Berichterstattung brauchen.

(Beifall bei der LINKEN)

Der Sozialverband Deutschland hat in seiner Pressemitteilung heute noch einmal eine stadtteilbezogene Darstellung beziehungsweise eine sozialräumliche Analyse gefordert. Das ist wichtig, weil die soziale Spaltung in der Stadt wächst. Wenn man sich die Stadtteile genauer anschaut, dann können auch besser Maßnahmen zur Stärkung und Förderung der sozialen Stadtteilentwicklung erarbeitet werden. Deshalb fordern wir, dass ab 2015 in regelmäßigen Abständen von zwei Jahren ein Armuts- und Reichtumsbericht vorgelegt wird, und zwar mit einer sozialräumlichen Betrachtung der einzelnen Stadtteile. Natürlich wäre es sehr gut, wenn auch die Sozialverbände, die freien Träger, die DGB-Gewerkschaften und Selbsthilfeinitiativen miteinbezogen, sprich in einer Arbeitsgruppe an der Erstellung dieses Berichts mitarbeiten würden. Uns ist auch wichtig, dass Daten zu Einkommen, Grundsicherung und aufstockender Sozialhilfe, Überschuldung, Wohnungsmietenentwicklung und, ganz wichtig, verdeckter Armut nach Stadtteilen erfasst werden.

Ein anderer wichtiger Punkt ist das Thema Obdachlosigkeit, das wir in der vergangenen Legisla-

turperiode hier und im Sozialausschuss sehr oft debattiert haben. Die letzte Zählung obdachloser Menschen hat 2009 stattgefunden. Danach sollte eigentlich alle vier Jahre neu gezählt werden. Das müssten wir also jetzt wieder tun, auch weil wir die Situation haben, dass Menschen aus Ost- und Südeuropa aufgrund der Krise in Europa nach Hamburg gekommen sind und hier auf der Straße leben.

(Beifall bei der LINKEN)

Wichtig ist es natürlich auch, dass die Ursachen für Armut, aber auch ihre Auswirkungen herausgearbeitet werden. Was macht Armut eigentlich mit Menschen? Das konnten wir zum Beispiel bei der Wahlbeteiligung sehen. Die Folgen müssen umfassend aufgenommen und dann entsprechende Maßnahmen entwickelt werden. Wenn der Armuts- und Reichtumsbericht auf Daten, die stadtteilbezogen erfasst worden sind, basiert, dann kann man auf seiner Grundlage natürlich sehr viel einfacher ein Konzept mit gezielten, quartiersbezogenen Maßnahmen entwickeln und schauen, wie man Armut in der Stadt vermeiden kann.

Meine Damen und Herren! Wir müssen uns diesen Problemen stellen, denn die Armut in dieser Stadt wächst, und wir können nicht so tun, als würde es sie nicht geben.

(Beifall bei der LINKEN und bei Nebahat Güclü fraktionslos)

Es gibt viele Stadtteile, die als abgehängt bezeichnet werden. Die Menschen, die in diesen Stadtteilen leben, können nichts dafür, dass sie in einer solchen Situation sind. Es gibt dort Menschen, die es sich nicht einmal leisten können, ein HVV-Ticket zu kaufen, um irgendwo anders hinzukommen. Deshalb ist es wirklich wichtig, sich stadtteilbezogen, quartiersbezogen mit dieser Situation auseinanderzusetzen.

Ich finde es ein Unding, dass Sie unseren Antrag nicht an den Ausschuss überweisen möchten. Das gilt vor allem für die GRÜNEN. Sie haben sich damals dermaßen darüber beschwert, wenn die SPD sich weigerte, Anträge an die Ausschüsse zu überweisen, und jetzt helfen Sie der SPD dabei, die gleiche Politik zu machen.

(Beifall bei der LINKEN)

Bei einem solch wichtigen Thema die Diskussion im Ausschuss zu verweigern, ist wirklich alles andere als konstruktiv.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg: Vielen Dank, Frau Özdemir. – Das Wort hat Frau Bekeris von der SPD-Fraktion.

Ksenija Bekeris SPD:* Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen der LINKEN, dass wir eine belastbare Sozialberichterstattung brauchen, um gute Sozialpolitik zu machen, ist völlig unstrittig. In den Debatten zum letzten Sozialbericht haben wir im Sozialausschuss und auch hier im Plenum ausführlich über die Stärken, aber auch über die Schwächen der bisherigen Berichte gesprochen. Dabei war der Hauptkritikpunkt, dass der betrachtete Zeitraum zu weit in der Vergangenheit lag. Der letzte Bericht basierte auf Zahlen von 2010. So konnte man dort, wo Probleme aufgezeigt wurden, nicht rechtzeitig politisch steuern. Das wollen wir ändern und das werden wir auch ändern, dazu liegt Ihnen ein Antrag vor. Wie das allerdings mit noch mehr Datenerfassung als bisher funktionieren soll, dass wir zeitnah belastbare Ergebnisse bekommen, ist mir völlig unklar, und ich finde, es ist auch völlig unrealistisch. Es scheint mir, dass DIE LINKE da weitermacht, wo sie in der vergangenen Legislaturperiode aufgehört hat,

(Beifall bei *Christiane Schneider* DIE LINKE)

nämlich Dinge zu fordern, die gut klingen, und wie das dann umgesetzt werden soll, dürfen sich andere überlegen.

(Beifall bei der SPD und bei *Anna Gallina* GRÜNE)

Das hat nichts mit verantwortungsbewusster Sozialpolitik zu tun, liebe Kolleginnen und Kollegen von der LINKEN. Deshalb haben wir gemeinsam mit den GRÜNEN im Koalitionsvertrag festgelegt, dass wir in dieser Legislaturperiode vier jeweils an den aktuellen Fragestellungen ausgerichtete Sozialberichte bekommen sollen. Das ist eine angemessene Frequenz, nicht nur, um einen Bericht vorzulegen, sondern auch, um politisch reagieren zu können und die Auswirkungen der Politik zu überprüfen. Das ist unser Auftrag an den Senat, wenn wir heute den Zusatzantrag von SPD und GRÜNEN beschließen, und das ist gute Politik für die Menschen in unserer Stadt und nicht nur politisches Schattenfechten. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg: Vielen Dank, Frau Bekeris. – Das Wort hat Frau Grunwaldt von der CDU-Fraktion.

Franziska Grunwaldt CDU:* Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Papier ist geduldig, Menschen, die beispielsweise von akuter Wohnungsnot bedroht sind, sind es indes nicht. Richtig ist, dass es eines ordentlichen Zahlenwerks bedarf, um politisch die richtigen Schwerpunkte zu setzen. Es ist aber nicht so, als würde es nicht schon allerhand Zahlenwerk geben, das auf Hamburg heruntergebrochen werden könnte.

Daher stellt sich wirklich die Frage, ob ein weiterer Bericht, der noch mehr Demokratie – Bürokratie, Entschuldigung – schafft, wirklich notwendig ist.

(*Martin Dolzer* DIE LINKE: Freudscher Versprecher!)

– Nein, das war es nicht.

Auch ist die Art und Weise, eine Armutsstatistik zu erstellen, nicht völlig unumstritten. So gibt die relative Einkommensarmut zwar Auskunft über die Einkommensschere als solche, lässt aber keinen Rückschluss auf die absolute Armut zu.

Wie dem auch sei, das Thema Armut, insbesondere Kinderarmut, ist für unsere Gesellschaft ein zu wichtiges Thema, um wegzusehen. Auch dürfen wir die Augen nicht davor verschließen, dass das Geld für Lebensmittel bei immer mehr Menschen in unserer Stadt zum Monatsende nicht mehr reicht, sei es bei Rentnern oder einer alleinerziehenden Mutter. Da gibt es nichts schönzureden. Für populistische Stimmungsmache im Sinne von "Hier die bösen Reichen und dort die guten Armen" ist das Thema Armut aber gerade wegen seiner Wichtigkeit völlig ungeeignet. Ebenso ungeeignet ist es für populistische Umverteilungsdebatten.

Man darf nicht aus den Augen verlieren, dass es heutzutage auch eine Schattenarmut gibt, die sich in Geld nicht messen lässt. Es geht dabei zum Beispiel um mangelnde Selbstorganisation, fehlende Kenntnisse über gesunde Ernährung, Ratlosigkeit in der Kindererziehung und eine den ganzen Alltag überschattende Hoffnungslosigkeit. Das ist eine Form von Armut, die viel zu selten Beachtung findet.

Ich hätte mich gefreut, liebe Kollegen von der Links-Fraktion, wenn Sie in Ihrem Antrag unter Ziffer 2 auch die Kirchen erwähnt hätten. Sie leisten ebenfalls eine sehr wertvolle Arbeit bei dem Thema Armutsbekämpfung.

(Beifall bei der CDU)

Nun aber zu Ihrem Zusatzantrag, liebe Kolleginnen und Kollegen von SPD und GRÜNEN. Leider ist dieser Antrag Sinnbild Ihres Koalitionsvertrags. Er sagt alles und gleichzeitig nichts. Unter ausgewählten Bevölkerungsgruppen kann ich mir persönlich nichts vorstellen – wer wählt diese aus? –, aber zur Antragsbegründung fällt mir einiges ein. Es geht nämlich nicht darum, die soziale Infrastruktur der Stadt zu erhalten, es geht darum, sie zu verbessern. Präventive Angebote müssen nicht nur gestärkt, sondern auch ausreichend finanziert werden. Armut muss an den Punkten, wo man sie sofort bekämpfen kann, auch sofort bekämpft werden. Diese Chance haben Sie genau jetzt.

Ich verrate Ihnen ein Geheimnis, das auch Ihr Koalitionsvertrag schon ausgeplaudert hat: Es besteht ein Ursachenzusammenhang zwischen dem Risiko des Wohnungsverlustes und dem Ar-

(Franziska Grunwaldt)

mutrisiko. Im Jahr 2012 gab es in Hamburg bereits ungefähr 370 000 Haushalte mit Anspruch auf den sogenannten Wohnberechtigungsschein. Das sind fast 40 Prozent aller Haushalte gewesen. 2000 Genehmigungen für Sozialwohnungen unter den 6000 neu zu bauenden Wohnungen – das ist dann wohl wahrhaft zu wenig, zumal vor dem Hintergrund, dass in den nächsten Jahren etliche Sozialwohnungen aus den Belegungsbindungen herausfallen werden. Es kann daher nur einen Weg geben. Die Belegungsbindung muss stärker gefördert werden. Die Investoren müssen beim Bau von Sozialwohnungen zu langfristigen Mietpreisbindungen motiviert werden. Die dafür erforderlichen Subventionsleistungen müssen sich im Hamburger Haushalt niederschlagen; Sozialpolitik gibt es nicht zum Nulltarif.

Um das Risiko des Wohnungsverlustes und damit der Armut zu verringern, so Ihr Koalitionsvertrag,

"[...] werden die präventiven Angebote der Wohnungslosenhilfe gestärkt, insbesondere die Sozialen Beratungsstellen, die ambulanten Hilfen und Beratungsangebote für Wohnungs- und Obdachlose."

Doch was heißt denn stärken? Bedeutet das einen feuchten Händedruck im Sinne von "Ihr macht das alles super", oder heißt es, dass zum Beispiel die Beratungsstelle Altona, deren Träger der Verein Ambulante Hilfe Hamburg ist, zukünftig auskömmlich finanziert wird? Diese Beratungsstelle ist übrigens die einzige dieser Art im Bezirk und wird jährlich von ungefähr 2000 Menschen besucht, die obdachlos sind oder ihre Miete nicht regelmäßig zahlen können.

Der Koalitionsvertrag deckt gnadenlos auf:

"Häufig sind Mietschulden der Grund des Wohnungsverlustes."

Weiter heißt es:

"Die Angebote der Schuldnerberatungsstellen werden nach Möglichkeit ausgebaut."

Die Formulierung "nach Möglichkeit" ist in diesem Zusammenhang nicht nachvollziehbar. Eine Anfrage der GRÜNEN von vor ungefähr einem Jahr hat herausgefunden, wie lange die Wartezeiten bei Schuldnerberatungen, die von Trägern mit öffentlicher Förderung angeboten werden, zum Stichtag 1.1.2014 waren. Bei der Hamburger Arbeit Beschäftigungsgesellschaft – Bergedorf zum Beispiel betrug die Wartezeit 241 Tage, das sind acht Monate. Und das ist nur der Durchschnitt, es gibt also auch weitaus drastischere Fälle. Das ist zu lange, wenn Mietschulden nicht gezahlt werden können und die Zwangsräumung droht.

Last but not least ist die Bedeutung, die der Koalitionsvertrag dem Themenbereich Soziales einräumt, im wahrsten Sinne des Wortes erbärmlich. Ich kann nur hoffen, dass die nicht einmal zwei Seiten

umfassenden Ausführungen keine Schlüsse auf die politische Schwerpunktsetzung zulassen.

Was passiert mit den freien Trägern, die so vielschichtige Beratungsangebote zur Verfügung stellen, damit Menschen eben gerade nicht in Armut stürzen? Den freien Trägern werden weiterhin keine Mittel zur Verfügung gestellt, wenn sie die Tarifsteigerungen für ihre Mitarbeiter nicht aus eigenen Mitteln finanzieren können. Die freien Träger machen soziale Arbeit unmittelbar am Menschen. Sie beraten und helfen bei drohender Wohnungslosigkeit, Suchtproblemen und Familienkonflikten, aber ohne Berücksichtigung der vollen Tarifsteigerungen im Einzelplan sind sie teilweise zur Handlungsunfähigkeit verdammt. Das ist eine Frage von Armutsbekämpfung, nicht das Papier. Sie könnten jetzt sehr wichtige Probleme angreifen und die Träger unterstützen, die Menschen beraten und ihnen helfen, nicht in Wohnungslosigkeit zu stürzen. Das ist Ihre Aufgabe, und die haben Sie in Ihrem Koalitionsvertrag nicht beachtet.

(Beifall bei der CDU und der LINKEN)

Ohne Berücksichtigung der vollen Tarifsteigerungen ist das nicht möglich. Die Menschen, die deren Hilfe so dringend benötigen, sind ohne Beratung und Unterstützung vom gesellschaftlichen Abstieg bedroht.

Ob das S in SPD zukünftig groß oder klein geschrieben wird, vermag ich nicht zu beurteilen. Ich weiß nur, dass vier Teilberichte darüber nicht Auskunft liefern werden. Ich hoffe, Sie werden sich Ihrer Verantwortung bewusst und greifen jetzt an, wo Sie angreifen können, um Armut wirklich zu bekämpfen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg: Vielen Dank, Frau Grunwaldt. – Das Wort hat Frau Engels von der GRÜNEN Fraktion.

Mareike Engels GRÜNE: Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Liebe Cansu Özdemir, bereits im Wahlkampf haben wir häufig miteinander diskutiert, wir haben viele Podien gemeinsam besucht. Wir sind uns einig: Hamburg ist sozial gespalten. Immer mehr Menschen leben in Armut und es gilt, ihre soziale Situation zu verbessern. Die jährlich veröffentlichten Zahlen des Statistikamts Nord belegen, dass die Schere zwischen Arm und Reich in Hamburg immer weiter auseinandergeht. Der rot-grüne Senat hat sich daher als politisches Ziel gesetzt, die gesellschaftliche Teilhabe von allen Hamburgerinnen und Hamburgern zu stärken und den gesamtgesellschaftlichen Zusammenhalt in unserer Stadt in den Fokus zu rücken.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

(Mareike Engels)

Uns geht es dabei nicht nur um die Existenzsicherung aller, unser Anspruch reicht darüber hinaus. Es geht um ein selbstbestimmtes Leben, um bessere Bildungschancen und gute Arbeit. Wir wollen gleiche Chancen für alle, unabhängig von sozialer und kultureller Herkunft, unabhängig von sexueller Orientierung, Geschlecht und Alter.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Um diese Ziele zu erreichen, wollen wir unseren politischen Fokus und unsere Anstrengung auf die Gruppen richten, die häufig in Vergessenheit geraten. Der zukünftige Senat soll daher in den nächsten fünf Jahren im Rahmen seiner Armutsberichterstattung vier detaillierte Lebenslagenberichte über ausgewählte Bevölkerungsgruppen erarbeiten und herausbringen, denn wir brauchen gute Informationen über die Lebenslagen von den Menschen, die in Armut leben oder von dieser bedroht sind. Auf Grundlage dessen sollen zielgerichtete Angebote und Hilfen weiterentwickelt und erarbeitet werden. Denn darum geht es doch, die Armut in unserer Stadt aktiv zu bekämpfen.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Und gerade weil uns die Teilhabe aller Hamburgerinnen und Hamburger so wichtig ist, sollten uns die Ergebnisse der Bertelsmann-Analyse "Prekäre Wahlen – Hamburg" für die weitere Diskussion rund um die Themen Wahlbeteiligung und politische Teilhabe stark zu denken geben.

DIE LINKE fordert nun einen sehr umfassenden Armuts- und Reichtumsbericht, der viele Daten enthalten soll. Ein Großteil dieser Daten ist bereits vorhanden. Kleinteilig soll exakt auf die einzelnen Sozialräume eingegangen werden. Dabei hat die Auswertung des letzten Sozialberichts gezeigt, dass viele Fakten und Daten aneinandergereiht wurden und der Mehrwert des Berichts am Ende eher gering war. Statt Zeit und Geld damit zu verschwenden, Daten und Informationen zu sammeln, die sowieso schon bekannt sind, plädieren wir daher dafür, einzelne Gruppen gezielt in den Fokus zu setzen und zu betrachten.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Denn das Entscheidende darf nicht aus den Augen verloren gehen, und das ist, der sozialen Spaltung in unserer Stadt entschlossen entgegenzutreten und die Situation der Menschen zu verbessern. Daher werden wir den Antrag der LINKEN ablehnen und die politische Arbeit darauf konzentrieren, Armut in Hamburg zu bekämpfen, anstatt sie nur zu dokumentieren.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg: Vielen Dank, Frau Engels. – Das Wort hat Frau Dutschke von der FDP-Fraktion.

Jennyfer Dutschke FDP:* Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Wir erleben wieder einmal ein klassisches Beispiel eines Rituals der LINKEN. Gezeichnet wird das Bild einer in großen Teilen prekären Lage vieler Menschen in unserer Stadt.

(Sabine Boeddinghaus: Ja, so ist es auch!)

Das ist ein Paradebeispiel für den politisch-dogmatischen Missbrauchs des Armutsbegriffs. Relativ bemessene Armut sagt in Wirklichkeit nichts über den tatsächlichen Lebensstandard eines Menschen aus. Abseits dieser Horrorszenarien ist die Wahrheit eine andere. Hamburg ist eine wohlhabende Stadt und hat nicht so stark mit Arbeitslosigkeit und Armut zu tun wie die meisten anderen deutschen Großstädte.

(Heike Sudmann DIE LINKE: Sie vielleicht nicht!)

Die Arbeitslosenquote liegt mit 7,6 Prozent im Mittelfeld. Allerdings gibt uns die Entwicklung der Arbeitslosigkeit nach SGB II Anlass zur Sorge, denn von 52 000 Arbeitslosen können 65 Prozent keine abgeschlossene Berufsausbildung vorweisen. Hier müssen wir etwas tun.

(Beifall bei der FDP)

Bildung und Qualifikation sind der Schlüssel für wirtschaftlichen Erfolg. Es ist allgemein bekannt und statistisch nachgewiesen, dass Menschen mit geringerer Qualifikation stärker von Armut betroffen sind. Bildung ist der Hebel, an dem wir arbeiten müssen. Es muss darum gehen, Menschen Chancen zu ermöglichen. Menschen in Arbeitslosigkeit müssen wir durch Hilfe zur Selbsthilfe unterstützen, das geht durch zielgerichtete Weiterbildung und berufsqualifizierende Abschlüsse. Zur nachhaltigen Armutsbekämpfung brauchen wir mehr Investitionen in die Qualität von Bildung und lebenslangem Lernen. Anstatt die Bürokratie der Träger von Beschäftigungstherapien aus dem sozialdemokratischen und gewerkschaftlichen Umfeld zu subventionieren, sollte mehr in berufsqualifizierende Maßnahmen und Fortbildung investiert werden.

(Beifall bei der FDP)

Nur so erhalten Betroffene eine realistische Chance auf die Integration in den Arbeitsmarkt.

Apropos Arbeitsmarkt, die Überregulierung und Bürokratisierung von SPD und CDU auf Bundesebene bewirkt gerade das Gegenteil.

(Beifall bei der FDP)

Die ersten Konsequenzen des Mindestlohns zeichnen sich ab, und sie sind nicht so rosig, wie hier immer beschrieben wird. So hat die Studie des Verbandes der Familienunternehmer gerade gezeigt, dass 31 Prozent der Mitgliedsunternehmen Stellen gestrichen haben. 11 Prozent haben Jobs ins Ausland verlagert. 26 Prozent erklären, auf die

(Jennyfer Dutschke)

Ausschreibung von Praktikumsplätzen zu verzichten, und 24 Prozent verzichten auf die Einstellung von geringfügig Beschäftigten. Das ist kein großartiger Erfolg. Und machen wir uns nichts vor, die Folgen sind noch lange nicht überall durchgeschlagen. Langfristige Investitionen in unsere Gesellschaft sehen anders aus.

(Beifall bei der FDP)

Sehr geehrte Kollegen von der Links-Fraktion,

(*Heike Sudmann DIE LINKE*: Kolleginnen bitte auch!)

wenn Sie Berichte fordern, die Aufschluss über das tatsächliche soziale Gefüge in dieser Stadt geben sollen, dann fordern Sie zumindest unabhängige Berichtersteller und nicht die Einwirkung jener Lobbygruppierungen, die Armut zur Legitimation ihrer Daseinsberechtigung dramatisieren.

(Beifall bei der FDP – Zurufe von der LINKEN: Oh!)

Bericht ist das Stichwort. Im vorigen Jahr ist ein umfangreicher Sozialbericht erschienen; wir haben heute schon darüber gesprochen. Nach Auskunft des damaligen SPD-Senats hat die Erarbeitung dieses Berichts zwei Vollzeitbeschäftigte über einen Zeitraum von fünf Jahren ausgelastet. Das sind round about 500 000 Euro. Hinzu kamen die Kosten für Leistungen von externen Instituten von rund 170 000 Euro und 22 000 Euro für die Bereitstellung von Daten durch Dataport. Damit sind wir bei 700 000 Euro – mehr oder weniger für einen Bericht, der nach der Ausschussberatung in die Schublade geschoben wurde und in diesem Hause nicht einmal eine Würdigung durch eine Debatteanmeldung fand. Allein die Kosten, die die Erstellung dieses Sozialberichts verursacht hat, hätten für sinnvolle Maßnahmen eingesetzt werden können, um Menschen tatsächlich zu helfen.

(Beifall bei der FDP)

Ein Armuts- und Reichtumsbericht ist hingegen mit ähnlichem Aufwand verbunden und vermutlich auch mit einem ähnlichen Ergebnis. Wenn man sich die Auskünfte des SPD-Senats dazu ansieht, wäre er ohne seinen grünen Anbau wohl zu selbigem Ergebnis gelangt. Nun gibt es einen grünen Zusatzantrag, der so unkonkret ist, dass man nicht viel zu ihm sagen muss; so ging es den Vorrednern auch. Nur so viel, wenn Sie wirklich etwas für Menschen und gegen Armut tun wollen, dann verschwenden Sie nicht sinnlos Steuergelder für unsinnige Projekte, utopische Unternehmensbeteiligungen und neue Senatorenposten.

(Beifall bei der FDP)

Auch wenn die Steuerschätzung im November des vergangenen Jahres einen Rekordstand von 9,73 Milliarden Euro verzeichnete, rechtfertigt das noch lange keinen verschwenderischen Umgang

mit Steuergeldern. Wir haben in dieser Stadt kein Einnahmen- sondern ein Ausgabenproblem, und hier könnte und sollte der neue Senat tatsächlich etwas tun. Ein Bericht hingegen, der immense Kosten verursacht und ausschließlich eine Neiddebatte um Umverteilung zum Ziel hat, wird nicht gebraucht. Wir werden die Anträge deshalb ablehnen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg: Vielen Dank, Frau Dutschke. – Das Wort hat Herr Dr. Baumann von der AfD-Fraktion.

Dr. Bernd Baumann AfD:* Verehrtes Präsidium, meine Damen und Herren! Das Thema Armut und Reichtum, das Abdriften ganzer Stadtteile liegt auch der AfD am Herzen. Gerade in den abgekoppelten Stadtteilen haben wir viele Wähler. Wir verstehen die Menschen dort, und insofern haben Sie uns auf Ihrer Seite. Aber damit, wie Sie vorgehen, insbesondere mit der statistischen Basis, mit der Sie Ihr Projekt begründen, können wir zunächst einmal wenig anfangen. Ihre Armutsgefährdungsquoten und Armutsgefährdungsschwellen, diese statistischen Konzepte, taugen nicht für die Folgerungen, die Sie aus ihnen ziehen. Da werden Durchschnittseinkommen gebildet, sogenannte Mediane, und bedarfsgewichtet, und alles, was bei 60 Prozent dieses Durchschnittseinkommens oder noch darunter liegt, wird als armutsgefährdet oder arm bezeichnet. Das heißt, steigt das Durchschnittseinkommen, steigt die Armut. Mit solchen Indikatoren können wir nicht wirklich vorgehen, wenn wir die Probleme dieser Stadt lösen wollen. Sogar Andrea Nahles von der SPD hat kundgetan, dass sie dieses Konzept nicht weiter verfolgen wolle, wenn ich es recht verstanden habe.

Außerdem ist die Frage, welchen Durchschnitt wir wählen. Suchen wir die richtige Zahl der Hamburger Armen, um die wir uns kümmern wollen, indem wir den Bundesdurchschnitt des Einkommens, den Bundesmedian, wählen, dann haben wir relativ wenige Arme. Wenn wir das Hamburger Durchschnittseinkommen, den Hamburger Median, wählen, haben wir plötzlich ausgesprochen viele Arme, alleine durch diese statistische Diskrepanz. Also können wir so nicht vorgehen. Würden wir innerhalb von Nienstedten Armut untersuchen und ein Eckchen auswählen, wo die Millionäre wohnen, dann ist der Halbmillionär nach dieser Statistik arm, da könnten Sie schon einmal den Klingelbeutel wandern lassen. Das kann es doch wohl nicht sein.

Zusätzlich muss man beachten, dass der These der zunehmenden Verelendung, die wir bei manchen Indikatoren sehen, auch gegenläufige Statistiken und empirische Belege gegenüberstehen. Laut Statistischem Bundesamts ist die Quote der

(Dr. Bernd Baumann)

Hartz-IV-Bezieher in Hamburg seit 2006 rückläufig. Die Mindestsicherungsquote – also Hartz-IV, Sozialhilfe, die Grundsicherung im Alter und was alles noch dazu kommt – ist ebenfalls leicht rückläufig seit 2006. Der sogenannte Gini-Koeffizient – viele werden ihn kennen, ein internationales Maß für Konzentrationen und Spaltung innerhalb einer Gesellschaft – ist unverändert. Er lag 2006 bei 0,32 und liegt auch heute noch bei 0,32. Diese Indikatoren muss man auch beachten. Die jüngst zunehmende dramatische Spaltung ist so nicht belegt, muss man den GRÜNEN sagen. Aber trotzdem, wer wachen Auges aufmerksam durch die Stadt geht, sieht natürlich die Stadtteile, die abdriften, die sich abkoppeln, in denen Menschen leben, die Lösungen suchen und wenn sie keine finden, auch der Politik nicht mehr zusprechen und die Wahl verweigern. Aber dieses Auseinanderklaffen, das wir beobachten, hat sich seit Langem entwickelt. Das ist nicht kurzfristig, sondern über Jahre und Jahrzehnte entstanden. Und diese Differenz ist, wenn man sie betrachtet, wirklich dramatisch.

(Präsidentin Carola Veit übernimmt den Vorsitz.)

Es ist schon angesprochen worden: Es gibt Stadtteile mit einem durchschnittlichen steuerpflichtigem Einkommen von 140 000 Euro, und es gibt Stadtteile mit nahezu 11 000 Euro steuerpflichtigem Jahreseinkommen. Das ist eine ungeheure Diskrepanz, und man muss sich fragen, was hinter dieser Entwicklung steckt. Was ist passiert über Jahre und Jahrzehnte? Womit korreliert diese Entwicklung, diese Spaltung? Wenn man sich das anschaut, sieht man einen ganz wesentlichen Faktor. Er ist nicht leicht zu diskutieren, er ist umstritten, er ist politisch heikel. Es ist – dem müssen wir uns stellen – das Phänomen der Migration, das nicht zureichend bewältigt worden ist. Ich sage gleich, das hat mit den Migranten selbst nichts zu tun; ich rede von der Einwanderungspolitik über Jahre und Jahrzehnte, die die Probleme nicht gesehen und nicht zureichend angefasst hat. Dem müssen wir ins Auge sehen.

Schauen Sie sich die Migrationszahlen an, insbesondere die Anteile der Migranten in der Altersgruppe unter 18 Jahre: 50, 60, 70, 80, 90, 94 Prozent. Da koppelt sich dazu niedrige Einkommen, niedrige Bildung, schlechte Qualifizierung, hoher Hartz-IV-Bezug, hohe Kriminalität. Alles das ist Ausweis einer weitgehend gescheiterten Einwanderungspolitik.

(Zurufe)

Wir müssen klären, woran die Armut liegt. Wir brauchen keine neuen Statistiken, wir müssen die Probleme lösen. Dafür müssen wir die Probleme erst einmal deutlich benennen, und das Problem heißt unter anderem Einwanderungspolitik. An der Verfehlung sind nicht die Einwanderer Schuld, sondern die Politik,

(Ksenija Bekeris SPD: Das haben Sie jetzt schon zweimal gesagt, davon wird es nicht besser!)

und das muss deutlich gesagt werden.

Laut aktuellem Sozialbericht des Senats haben in Hamburg 60 Prozent aller Familien in Hartz-IV-Bezug einen Migrationshintergrund. Was haben Sie denn gemacht über Jahre und Jahrzehnte? Wie konnte das passieren? Dagegen hätte man etwas tun können. 55 Prozent aller arbeitslosen Hartz-IV-Bezieher haben einen Migrationshintergrund. 1 Prozent der Menschen ohne Migrationshintergrund hat keinen Schulabschluss. 14 Prozent der Menschen mit Migrationshintergrund haben keinen Schulabschluss. Da sind so viele Dinge passiert, die nicht hätten passieren sollen, die aber mit der Armut zu tun haben. Deswegen brauchen wir nicht neue Statistiken, neue Berichte, neue Aufbereitungen, sondern ein Schauen auf die Probleme dieser Stadt, wie sie wirklich sind. Dafür steht die AfD.

(Beifall bei der AfD)

Die Bevölkerung will nicht neue Statistiken. Verstehen Sie das Warnsignal denn nicht, dass Menschen nicht mehr zur Wahl gehen? Sie haben über Jahre oder Jahrzehnte darauf gewartet, dass sich etwas ändert oder dass sie gehört werden. Jetzt gehen sie nicht mehr zur Wahl; das ist doch verständlich. Daran wollen wir arbeiten.

(Zurufe: Was wollen Sie denn?)

– Ich habe fünf Minuten Redezeit. Wir sind in den Ausschüssen und unterhalten uns darüber.

Diese Kernprobleme der nicht bewältigten Migration stehen im Vordergrund der Frage, wie man der Spaltung, die Sie immer neu messen, immer neu belegen, über die Sie immer neu berichten wollen, beikommen kann. Dafür müssen Sie in Bildung investieren, in eine vernünftige Steuerung der Einwanderung, in eine vernünftige Kontrolle, in eine vernünftige Regelung, in eine vernünftige Konzeption, in eine vernünftige Politik. Dann kommen wir auch diesem Kernproblem der Arbeit und der Spaltung bei. – Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

Präsidentin Carola Veit: Meine Damen und Herren, die fraktionslose Abgeordnete Güclü hat nun das Wort. Frau Güclü, Sie haben noch eine Minute 40 Sekunden.

Nebahat Güclü fraktionslos: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Eigentlich wollte ich meine Redezeit anders nutzen, aber nach diesem Redebeitrag juckt es mich dann doch in den Fingern, ein paar Sätze dazu zu sagen.

Es ist sicherlich richtig, dass es einen gewissen Bezug gibt zwischen Menschen mit Migrationshin-

(Nebahat Güclü)

tergrund und einer höheren Betroffenheit von Arbeitslosigkeit oder einer höheren Quote von Hartz-IV-Bezug und dergleichen mehr. Das ist nun nichts Neues, was Sie uns erzählen. Wir sagen seit Jahren, dass Armut auch eine Teilhabearmut ist, also wenig Zugang zu Bildung, Kultur, Gesundheit und dergleichen mehr. Aber die Problematik nur auf Menschen mit Migrationshintergrund zu verengen, finde ich sehr gefährlich. Das blendet die Problemlagen in der Stadt aus.

(Dr. Bernd Baumann AfD: Die Politik, nicht die Migranten!)

Man muss das auch gar nicht rein theoretisch-statistisch sehen. Fahren Sie doch einmal in diese Stadtteile, nach Mümmelmannsberg, Wilhelmsburg und, und, und. Sehen Sie sich an, wie die Menschen vor Ort leben, wie die soziale Infrastruktur ist, wie die Teilhabechancen der Menschen sind. Und es ist natürlich kein Zufall, dass dort viele Menschen mit Migrationshintergrund wohnen – vielleicht auch besonders viele Flüchtlinge – und die Arbeitslosigkeit hoch ist. Wir stellen auch fest, dass die betroffenen Stadtteile immer Stadtteile sind, in denen es eine große Zahl von Kindern gibt. Kinder sind ein Armutsrisiko, in dieser Stadt und bundesweit.

All das, was Sie genannt haben und was in dieser Diskussion gesagt wurde, macht eigentlich deutlich, dass wir dem Antrag der LINKEN durchaus zustimmen können. Wenn wir die richtige Diagnose stellen, können wir auch vernünftige Interpretationen machen und eine richtige Medikation verabreichen. Ansonsten reden wir Dinge schön. Die gesellschaftliche Realität ist eine andere. – Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

Präsidentin Carola Veit: Das Wort hat nun noch einmal Frau Özdemir von der Fraktion DIE LINKE.

Cansu Özdemir DIE LINKE:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich verstehe nicht, warum die sozialräumliche Analyse ein solch großes Problem darstellt; Sie sind in keiner Weise darauf eingegangen. Das ist der Unterschied zwischen unserem Antrag und Ihrem. Wir sagen, dass wir eine sozialräumliche Darstellung brauchen und dass das aufgrund der sozialen Spaltung berücksichtigt werden muss.

(Beifall bei Sabine Boeddinghaus DIE LINKE)

Sie sagen, dass Sie unserem Antrag weder zustimmen noch ihn an den Ausschuss überweisen können, wir also nicht darüber sprechen können. Mit den Sozialverbänden können Sie aber sprechen. In der Expertinnen- und Expertenanhörung wurde im Endeffekt von verschiedenen Vertreterinnen und Vertretern sehr deutlich gesagt, dass die

sozialräumliche Analyse im Sozialbericht 2014 gefehlt habe. Ich frage mich, was Sie denen nun sagen werden. Dasselbe, was Sie hier vorn gesagt haben? Das kann ich mir, ehrlich gesagt, schwer vorstellen.

(Beifall bei der LINKEN)

Frau Grundwaldt, wir würden gern darüber sprechen, welche Expertinnen und Experten, welche Akteure man noch einbeziehen könnte. Wir haben kein Problem damit, wenn Kirchen oder Moscheeverbände einbezogen würden. Das Problem ist leider nur, dass dieser Antrag nicht an den Ausschuss überwiesen wird, insofern können wir gar nicht mehr darüber sprechen.

Mich beschäftigt aber eigentlich immer noch die Frage, was mit der Enquetekommission passiert ist, die von den GRÜNEN gefordert wurde.

(Beifall bei der LINKEN und bei Nebahat Güclü fraktionslos)

Wir haben damals gesagt, dass wir diese Idee sehr gut finden, wir haben auch jetzt gesagt, dass wir diese Idee sehr gut finden. Warum reden die GRÜNEN nach den Koalitionsverhandlungen auf einmal nicht mehr darüber? Ich hätte mir gewünscht, dass Sie darauf eingehen.

(Beifall bei der LINKEN)

Frau Dutschke, was Sie als Horrorszenarien bezeichnen, ist für viele Menschen in dieser Stadt Realität. Davon wissen Sie vielleicht nichts. Ich stimme Ihnen zu, wenn Sie sagen, Hamburg sei eine sehr wohlhabende Stadt. Nur haben leider viele Menschen in dieser Stadt nichts von diesem Reichtum. Das haben Sie komplett übersehen.

Sie sagen, man müsse die Menschen in den Arbeitsmarkt integrieren und sprechen von Bildungschancen. Da bin ich ganz bei Ihnen. Aber was wollen Sie denn den Rentnerinnen und Rentnern sagen, die auf Grundsicherung im Alter angewiesen sind und die wir nicht mehr mal eben in den Arbeitsmarkt integrieren können? Da hören Ihre Lösungsvorschläge auf. Und wenn Sie sagen, dass die Arbeitslosigkeit sinkt, stimme ich Ihnen ebenfalls zu. Aber dabei ist Ihnen entgangen, dass die prekären Beschäftigungsverhältnisse immer weiter steigen und genau das ein Problem in dieser Stadt ist.

Noch eines kann ich Ihnen mitgeben. Falls Sie im Sozialausschuss sitzen werden, werden Sie viel mit den sogenannten Lobbygruppen, wie Sie sie eben bezeichnet haben, zu tun haben. Ich nehme an, dass Sie mit denen dann wohl auch sprechen werden, und frage mich, wie Sie das tun wollen, nachdem Sie sich so etwas geleistet haben. Das finde ich wirklich unglaublich, weil die Sozial- und Wohlfahrtsverbände eine richtig gute Arbeit in dieser Stadt leisten und wir als Stadt auf sie angewiesen sind.

(Cansu Özdemir)

(Beifall bei der LINKEN und bei *Gerhard Lein SPD* und Nebahat Güclü fraktionslos)

Nur noch eine kurze Anmerkung. Es wurde gerade in einem Atemzug Migration und Kriminalität erwähnt. Ich glaube, wer sich hier hinstellt und das tut, ist in dieser Stadt noch gar nicht angekommen. Diese Stadt tickt anders. Ich glaube auch nicht, dass das etwas mit Einwanderungspolitik zu tun hat, sondern eher mit einer fehlgeschlagenen Sozial- und Bildungspolitik und damit, dass die Chancengerechtigkeit in unserer Gesellschaft jahrzehntelang nicht gewährleistet war und auch heute noch daran gearbeitet werden muss und dass insofern verschiedene Bevölkerungsgruppen und auch Interessengruppen in dieser Stadt Schwierigkeiten haben zu partizipieren. Daher braucht man gar nicht damit ankommen und sagen, die Migranten seien arbeitslos. Solche Klischees muss man nicht aussprechen, weil es auch viele andere Gruppen gibt, die sehr ähnliche Schwierigkeiten haben, am Arbeitsmarkt oder überhaupt an der Gesellschaft zu partizipieren, zum Beispiel Menschen mit Behinderungen. Wenn Sie sagen, das ist Ihre Position als AfD, dann sind Sie wirklich falsch hier.

(Beifall bei der LINKEN)

Präsidentin Carola Veit: Wenn keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, können wir zu den Abstimmungen kommen. Zunächst zum Überweisungsbegehren.

Wer möchte die Drucksache 21/170 an den Ausschuss für Soziales, Arbeit und Integration überweisen? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dann ist das Überweisungsbegehren abgelehnt.

Wir kommen zur Abstimmung in der Sache. Wir beginnen mit dem Antrag der Fraktion DIE LINKE, Drucksache 21/170.

Wer möchte dem Antrag seine Zustimmung geben? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Dann hat dieser Antrag keine Mehrheit gefunden.

Wir kommen zu Drucksache 21/251, dem gemeinsamen Antrag der Fraktionen der SPD und GRÜNEN.

Wer möchte diesem folgen? – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Dann ist dieser Antrag mit Mehrheit so beschlossen worden.

Punkt 22, Drucksache 21/173, Antrag der FDP-Fraktion: Einrichtung einer DLRG-Station an der Alster.

**[Antrag der FDP-Fraktion:
Einrichtung einer DLRG-Station an der Alster
– Drs 21/173 –]**

Die CDU-Fraktion möchte die Drucksache gern an den Innenausschuss überweisen. Vonseiten der FDP-Fraktion liegt ein Überweisungsantrag an den Ausschuss für – Achtung – Sport und Olympia vor.

Die Fraktionen sind übereingekommen, dass die Debatte zu diesem Punkt entfällt. Wir können direkt zur Abstimmung kommen.

Wer stimmt einer Überweisung der Drucksache an den Innenausschuss zu? – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Dann ist dieses Überweisungsbegehren abgelehnt.

Wer möchte die Drucksache an den Ausschuss für Sport und Olympia überweisen? – Auch hier die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Dann ist diese Überweisung so erfolgt.

Punkt 7, Drucksachen 21/95 und 21/96, Berichte des Eingabenausschusses.

**[Bericht des Eingabenausschusses:
Eingaben
– Drs 21/95 –]**

**[Bericht des Eingabenausschusses:
Eingaben
– Drs 21/96 –]**

Ich beginne mit dem Bericht 21/95, zunächst zu Ziffer 1.

Wer möchte hier zunächst der Empfehlung zur Eingabe 34/15 folgen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist dann einstimmig so erfolgt.

Wer möchte darüber hinaus den Empfehlungen zu den übrigen Eingaben folgen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Auch das ist dann einstimmig so beschlossen.

Von den Ziffern 2 bis 6 hat die Bürgerschaft Kenntnis genommen.

Bericht 21/96, auch hier zunächst zu Ziffer 1. Hierin sind nur einstimmige Empfehlungen enthalten.

Wer möchte diesen folgen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Dann ist das einstimmig so beschlossen.

Von den Ziffern 2 und 3 haben wir Kenntnis genommen.

Wir kommen zur

Sammelübersicht***

Die in der Geschäftsordnung für bestimmte Punkte der Tagesordnung vorgesehene Sammelübersicht haben Sie erhalten.